

Ausserordentliche Sitzung vom 25. Mai 2016

Summarisches Protokoll

Traktandierte Geschäfte

1. Aufgabenverzicht, Leistungsreduktionen und Lastenverschiebungen (RRB Nr. 1125/2015)

a. Kantonsratsbeschluss über Aufgabenverzicht, Leistungsreduktionen und Lastenverschiebungen

Massnahmen, die in der Kompetenz des Kantonsrates liegen:

KR Dr. Karin Schwiter stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag auf Nichteintreten.

Abstimmung über den Nichteintretensantrag:
Der Antrag wird mit 12 zu 82 Stimmen abgelehnt.

In der Detailberatung ergibt sich:

Massnahme Aufhebung der Wohnbauförderung
KR Alex Keller stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag, die Massnahme Aufhebung der Wohnbauförderung zu streichen.

Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag wird mit 42 zu 51 Stimmen abgelehnt.

Massnahme Verzicht auf Steillagenbeiträge
KR Marcel Dettling stellt den Antrag, die Massnahme Verzicht auf Steillagenbeiträge zu streichen.

Abstimmung über den Antrag:
Dem Antrag wird mit 46 zu 41 Stimmen zugestimmt.

Massnahme Austritt bzw. Neufinanzierung der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen
KR Erika Weber stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag, die Massnahme Austritt bzw. Neufinanzierung der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen zu streichen.

Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag wird mit 16 zu 75 Stimmen abgelehnt.

Massnahme Bezug Treueprämie als Ferien
KR Leo Camenzind stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag, die Massnahme Bezug Treueprämie als Ferien zu streichen.

Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag wird mit 11 zu 78 Stimmen abgelehnt.

Massnahme Ergänzungsleistungen (EL), sachgerechte Finanzierung
KR Erika Weber stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag, die Massnahme Ergänzungsleistungen (EL), sachgerechte Finanzierung zu streichen.

Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag wird mit 38 zu 51 Stimmen abgelehnt.

KR Othmar Büeler stellt den Antrag:
Die Lastenverschiebung EL ist in dieser Form abzulehnen. Es ist eine neue Vorlage auszuarbeiten mit einem anderen Kostenteiler nach Steuerkraft in den Gemeinden.

Abstimmung über den Antrag:
Dem Antrag wird mit 44 zu 43 Stimmen zugestimmt.

Massnahme Reduktion der Kostenbeteiligung an der Volksschule
KR Dr. Karin Schwiter stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag, die Massnahme Reduktion der Kostenbeteiligung an der Volksschule zu streichen.

Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag wird mit 24 zu 65 Stimmen abgelehnt.

Massnahme Verzicht auf Beiträge an Schulanlagen
KR Paul Schnüriger stellt namens der CVP-Fraktion den Antrag:
Der Kanton zieht sich aus der Entscheidung, wie ein Schulhaus zu bauen ist, zurück, wenn keine kantonalen Gelder fliessen.

Abstimmung über den Antrag:
Dem Antrag wird mit 77 zu 3 Stimmen zugestimmt.

Massnahme Anpassung des Kostenteilers im Bereich Sonderschulung (inklusive Heilpädagogische Zentren)
KR Adrian Dummermuth stellt namens der CVP-Fraktion den Antrag, die Massnahme Anpassung des Kostenteilers im Bereich Sonderschulung (inklusive Heilpädagogische Zentren) zu streichen.

Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag wird mit 39 zu 51 Stimmen abgelehnt.

Massnahme Streichung Beiträge an Gewässerschutz
KR Marcel Buchmann stellt namens der CVP-Fraktion den Antrag, die Massnahme Streichung Beiträge an Gewässerschutz zu streichen.

Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag wird mit 33 zu 56 Stimmen abgelehnt.

KR Dr. Bruno Beeler stellt den Antrag, auf eine Schlussabstimmung zu verzichten.

Abstimmung über den Antrag:

Der Antrag wird mit überwiegendem Mehr abgelehnt.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 64 zu 26 Stimmen genehmigt.

Massnahmen, die in der Kompetenz des Regierungsrates liegen:

Massnahme Kantonspolizei: Sachaufwandplafonierung für weitere zwei Jahre

Die Massnahme Kantonspolizei: Sachaufwandplafonierung für weitere zwei Jahre wird mit 84 zu 6 Stimmen mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

Massnahme Zivilschutz: Verwendung Ersatzbeiträge Schutzraumbau

Die Massnahme Zivilschutz: Verwendung Ersatzbeiträge Schutzraumbau wird mit 87 zu 0 mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

Massnahme Normaufwandausgleich

Die Massnahme Normaufwandausgleich wird mit 50 zu 35 mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

Massnahme Kantonsbeiträge an Verbindungswanderwege

Die Massnahme Kantonsbeiträge an Verbindungswanderwege wird mit 51 zu 35 mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

b. Motion M 10/15: Entlastungspaket 2015

Die Motion M 10/15: Entlastungspaket 2015 wird oppositionslos nicht erheblich erklärt.

2. Steuergesetz (RRB Nr. 186/2016 und RRB Nr. 352/2016)

KR Paul Furrer stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag auf Nichteintreten

Abstimmung über den Nichteintretensantrag:

Der Antrag wird mit 80 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Der Kantonsrat tritt auf die Vorlage ein.

KR Dr. Bruno Beeler stellt namens der CVP-Fraktion den Antrag:

Die Teilrevision des Steuergesetzes gemäss RRB Nr. 352 vom 19. April 2016 sei zurück zu weisen mit dem Auftrag, bei der Einkommenssteuer den proportionalen Einheitstarif durch eine Anpassung der bisherigen Tarifkurve zu ersetzen.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag:

Der Rückweisungsantrag wird mit 37 zu 49 Stimmen abgelehnt.

In der Detailberatung ergibt sich:

§ 21 Abs. 1a

KR Patrick Notter stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag:

Dividenden, Gewinnanteile, Liquidationsüberschüsse und geldwerte Vorteile aus Aktien, Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaftsanteilen und Partizipationsscheinen

(einschliesslich Gratisaktien, Gratisnennwerterhöhungen und dergleichen) sind im Umfang von 60 Prozent steuerbar, wenn diese Beteiligungsrechte mindestens 10 Prozent des Grund- oder Stammkapitals einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft darstellen.

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 21 Abs. 1a:

Der Regierungsfassung wird mit 55 zu 12 Stimmen zugestimmt.

§ 35 Abs. 1 Bst. f

KR Paul Furrer stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag:

Der Buchstabe f soll wie bisher im geltenden Steuergesetz beibehalten werden.

f) Fr. 3200.-- für jede steuerpflichtige Person, die über 65 Jahre alt ist oder eine ganze Rente der eidgenössischen Invalidenversicherung bezieht.

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 35 Abs. 1 Bst. f:

Der Kommissionsfassung wird mit 53 zu 12 Stimmen zugestimmt.

§ 36

KR Daniel Hüppin stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag, § 36 nicht zu ändern.

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an.

§§ 36a, 37

KR Daniel Hüppin stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag, §§ 36a, 37 nicht aufzuheben.

Es stehen sich die Kommissions- bzw. Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über §§ 36, 36a, 37:

Der Kommissions- bzw. Regierungsfassung wird mit 51 zu 11 Stimmen zugestimmt.

§ 48a (neu)

KR Andreas Marty stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag, § 48a in der ursprünglichen Regierungsfassung zu beschliessen.

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 48a:

Der Kommissionsfassung wird mit 54 zu 12 Stimmen zugestimmt.

§ 53a (neu)

KR Daniel Hüppin stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag, auf § 53a (neu) zu verzichten.

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 53a:

Der Regierungsfassung wird mit 50 zu 11 Stimmen zugestimmt.

§ 72 (nicht Gegenstand der Vorlage)

KR Andreas Marty stellt namens der SP und Grüne Fraktion den Antrag:

Bei der Besteuerung von juristischen Personen soll eine ähnlich hohe Marge erzielt werden wie bei natürlichen Personen. Damit eine korrekte Formulierung für die faire Besteuerung von juristischen Personen ausgearbeitet werden kann, soll § 72 ausgeklammert und auf die Juni-Session verschoben werden.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag:

Der Rückweisungsantrag wird mit 11 zu 71 Stimmen abgelehnt.

§§ 115 Abs. 2, 120 Abs. 3

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über §§ 115 Abs. 2, 120 Abs. 3:

Der Regierungsfassung wird mit 48 zu 35 Stimmen zugestimmt.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 46 zu 40 Stimmen genehmigt.

Dieser Beschluss ist gemäss § 34 Abs. 2 KV dem obligatorischen Referendum unterstellt.

3. Jagd- und Wildschutzgesetz (RRB Nr. 90/2016 und RRB Nr. 388/2016)

Der Kantonsrat tritt auf die Vorlage ein.

In der Detailberatung ergibt sich:

§ 3 Abs. 2 Bst. a

Es stehen sich die Regierungsfassung und Kommissionsfassung gegenüber.

Abstimmung über § 3 Abs. 2 Bst. a:

Der Kommissionsfassung wird mit 40 zu 49 Stimmen zugestimmt.

§ 6 Abs. 1 Bst. c

KR Peter Steinegger stellt den Antrag:

Sieben durch den Regierungsrat zu ernennende Mitglieder, wobei die Wildhüter, der kantonale Forstdienst, die Waldeigentümer, die Landwirtschaft sowie die kantonalen Schutzverbände mit je einer Person und der kantonale Patentjägerverband mit zwei Personen vertreten sind.

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 6 Abs. 1 Bst. c:

Dem Antrag wird mit 12 zu 78 Stimmen zugestimmt.

§ 21 Abs. 1 Bst. d-h

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über § 21 Abs. 1 Bst. d-h:

Dem Minderheitsantrag wird mit 32 zu 52 Stimmen zugestimmt.

§ 21 Abs. 2

Es stehen sich die Regierungsfassung und die Kommissionsfassung gegenüber.

Abstimmung über 21 Abs. 2:

Der Kommissionsfassung wird mit 38 zu 45 Stimmen zugestimmt.

§ 21 Abs. 3 Bst. a

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über 21 Abs. 3 Bst. a:

Dem Minderheitsantrag wird mit 36 zu 45 Stimmen zugestimmt.

§ 22 Abs. 1 Bst. a, b

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Dem Minderheitsantrag wird gestützt auf die Annahme des Minderheitsantrags zu § 21 Abs. 1 Bst. d-h stillschweigend zugestimmt.

§ 39 Abs. 2 Einleitungssatz

KR Eva Isenschmid und KR Robert Nigg stellen den Antrag:

Von einer Verzeigung des Erlegers wird abgesehen:

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über 39 Abs. 2 Einleitungssatz:

Dem Antrag wird mit 0 zu 84 Stimmen zugestimmt.

§ 44

Der Regierungsrat schliesst sich dem Minderheitsantrag an.

Es stehen sich der Eventualantrag Nr. 1 und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über den Eventualantrag Nr. 1:

Dem Eventualantrag Nr. 1 wird mit 43 zu 36 Stimmen zugestimmt.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Eventualantrag Nr. 1 gegenüber.

Abstimmung über § 44:

Der Kommissionsfassung wird mit 58 zu 27 Stimmen zugestimmt.

Gestützt auf die Annahme der Kommissionsfassung entfällt der Eventualantrag Nr. 2.

§ 51 Abs. 2

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über § 51 Abs. 2:

Dem Minderheitsantrag wird mit 38 zu 44 Stimmen zugestimmt.

§ 52

Der Regierungsrat schliesst sich dem Minderheitsantrag an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über § 52:

Der Kommissionsfassung wird mit 52 zu 33 Stimmen zugestimmt.

§ 57 Abs. 4

Es stehen sich die Regierungsfassung und die Kommissionsfassung gegenüber.

Abstimmung über § 57 Abs. 4:

Der Kommissionsfassung wird mit 21 zu 56 Stimmen zugestimmt.

§ 58 Abs. 2

Der Regierungsrat schliesst sich dem Minderheitsantrag an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über § 58 Abs. 2:

Der Kommissionsfassung wird mit 60 zu 24 Stimmen zugestimmt.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 81 zu 9 Stimmen genehmigt.

Dieser Beschluss wird dem fakultativen Referendum gemäss § 35 der Kantonsverfassung unterstellt.

4. Kantonsratsbeschluss über eine Ausgabenbewilligung für eine gemeinsame Steuerlösung (Projekt „eSteuern“) (RRB Nr. 82/2016)

Der Kantonsrat tritt auf die Vorlage ein.

Für die Annahme der Vorlage ist ein Quorum von 60 Zustimmenden notwendig (§ 73 Abs. 3 GO-KR).

Die Vorlage wird nach der Detailberatung mit 70 zu 14 Stimmen genehmigt.

5. Einzelinitiative EI 1/15: Stärkung von Stromverteilwerken (Bericht der Spezialkommission vom 22. April 2016 und RRB Nr. 187/2016)

Die Einzelinitiative EI 1/15: Stärkung von Stromverteilwerken wird oppositionslos nicht erheblich erklärt.

Erheblich erklärt werden:

–

Erledigt/abgeschrieben werden:

- **Kleine Anfrage KA 11/16** von KR Bruno Hasler: Lastenverschiebung auf die Gemeinden, eingereicht 20. April 2016, beantwortet 4. Mai 2016
- **Kleine Anfrage KA 9/16** von KR Dr. Karin Schwiter, KR Irene Kägi und KR Daniel Hüppin: Bezieht sich der Kanton am Kraftwerk Wägital?, eingereicht 11. April 2016, beantwortet 11. Mai 2016

Neueingänge

- **Postulat P 3/16** von KR Dr. Karin Schwiter: 24h-Betreuung erfordert Revision des Normalarbeitsvertrags für hauswirtschaftliche Arbeitnehmende, eingereicht 19. April 2016
- **Kleine Anfrage KA 12/16** von KR Bernadette Wasescha: Zentrum für 50 unbegleitete minderjährige Asylsuchende (Uma) im Missionshaus Bethlehem Immensee, eingereicht 18. Mai 2016

Schwyz, 26. Mai 2016

Dr. Paul Weibel, Protokollführer